

NEIN ZU BDS! - BOYKOTT FÜHRT ZU KEINER LÖSUNG

Jede Form von Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden.

Die internationale Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) fordert einen
5 Boykott des jüdischen und demokratischen Staates Israel, seiner Unternehmer*innen,
Wissenschaftler*innen und Künstler*innen. Aus ihr heraus kam es immer wieder zu
eindeutig antisemitischen Vorfällen und antisemitischen Angriffen. Dies verurteilen wir
aufs Schärfste und lehnen einen Boykott ab. Auch in Berlin gibt es Veranstaltungen der
BDS-Kampagne.

10 Dass die BDS-Kampagne bewusst die Frage offen hält, wie der israelisch-
palästinensische Konflikt geregelt werden soll, halten wir für politisch falsch und
schädlich. Damit setzt sie sich dem Verdacht aus, den Fortbestand des Staates Israel
nicht zu wollen und trägt ihrerseits dazu bei, die Zwei-Staaten-Perspektive zu
untergraben.

15 Deshalb positioniert sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin im Sinne ihres Bekenntnisses
zu einer offenen Gesellschaft und gegen jeden Antisemitismus klar gegen alle
antisemitischen Bestrebungen der BDS-Kampagne und führen in Zukunft, nach ihren
Möglichkeiten, Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um die Durchsetzung der
Forderungen nach Boykott, Desinvestment und Sanktionen zu verhindern. BÜNDNIS
20 90/DIE GRÜNEN Berlin lehnen einen Boykott Israels als Instrument deutscher und
europäischer Politik ab.

Wir wollen mit allen Kräften in Israel und Palästina zusammenarbeiten, die sich
friedlich für eine Zwei-Staaten-Regelung und einen lebensfähigen palästinensischen
Staat in Gaza und der Westbank einsetzen. In der Frage des Existenzrechts und der
25 Sicherheit Israels darf es keine Uneindeutigkeit geben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin
stehen ohne Wenn und Aber zum Existenzrecht Israels als unabdingbarem Bestandteil
einer Zwei-Staaten-Regelung und damit einer friedlichen gleichberechtigten Regelung
des Nahostkonfliktes, entsprechend der Beschlüsse der BDK und des Bundesvorstandes.

Auch eine Zusammenarbeit von Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin mit
30 der BDS-Kampagne und antisemitischen Akteur*innen der Kampagne ist abzulehnen.
Darüber hinaus fordern wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ihre Gliederungen auf nicht
mit der BDS Kampagne zusammenzuarbeiten und sich inhaltlich mit ihr
auseinanderzusetzen um sie entschieden zurückzudrängen. Wir erwarten von politisch
tätigen Menschen in Deutschland, dass sie im Bewusstsein unserer historischen
35 Verantwortung handeln. Man kann an der israelischen Regierung berechnete Kritik

40 üben. In Deutschland generell israelische Waren, Künstler*innen und
Wissenschaftler*innen zu boykottieren und den kulturellen Austausch zwischen Israelis
und Deutschen abzulehnen, wird nach unserer Auffassung unserer historischen
Verantwortung in keiner Weise gerecht. Wir setzen auf Partner*innen, die gemeinsam
mit uns für eine emanzipatorische und gerechte Gesellschaft streiten.

45 Angriffe auf offener Straße, Hate Speech im Netz, Bedrohungen und Hetze überall –
Jüdinnen*Juden in Deutschland wägen jeden Tag ab, ob sie offen als Jüdin*Jude
auftreten, mit Kippot das Haus verlassen oder unbesorgt eine Synagoge besuchen
können. Antisemitismus ist dabei kein Vorurteil, sondern eine welterklärende
Verschwörungsideologie, die alles Übel in Juden*Jüdinnen und in ihrer Vernichtung die
Befreiung vom Bösen sieht. Antisemitische Einstellungen sind quer durch alle Teile der
Gesellschaft zu finden und prägen den Alltag der Betroffenen – aber Antisemitismus ist
nicht das Problem der Jüdinnen*Juden, sondern geht uns alle an.

50 Eine konsequente Erfassung und Verfolgung antisemitischer Straftaten abseits der
ohnehin problematischen polizeilichen ‚Politisch motivierten Kriminalitätsstatistiken‘ ist
längst überfällig. Auch muss die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten zur
Antisemitismusprävention sowie zur Unterstützung Betroffener verbessert werden.